



Am 7. August 2017 transportierten Angehörige der Armee Pferde vom Hof von Ulrich K. ab.

ENNIO LEANZA/KEystone

PFERDEZÜCHTER ULRICH K.

Haben die Thurgauer Behörden versagt?

Hanspeter Uster untersucht den Fall Hefenhofen. Vor dem Herbst legt er keine Resultate vor

VON PASCAL RITTER

Um den Pferdehof in Hefenhofen TG ist es still geworden. Noch im vergangenen Sommer machten Bilder von verendeten und abgemagerten Pferden die Runde. Vor dem Hof von Ulrich K. campierten Tierschützer und forderten die Räumung. Der Verdacht: Der Züchter quält seine Pferde. Schliesslich wurden rund 90 Tiere mithilfe der Armee evakuiert und später versteigert. Ein Verfahren unter anderem wegen Tierquälerei wurde eröffnet.

Proseminar statt Resultate

Dass im Kanton Thurgau in dieser Sache nicht alles korrekt ablief, wird kaum mehr bestritten. Fehler in der Kommunikation hat der Regierungsrat bereits eingestanden. Ob auch Kantonstierarzt Paul Witzig oder gar sein Vorgesetzter, Regierungsrat Walter Schönholzer (FDP), Fehler beging, prüft zurzeit eine externe Untersuchungskommission. Gestern lud deren Präsident Hanspeter Uster, ehemaliger alternativgrüner Regierungsrat des Kantons Zug, zur Pressekonferenz. Ende Dezember musste er laut Auftrag der Regierung einen Zwischenbericht vorlegen. Was er nun im Bildungszentrum Adler in Frauenfeld der Öffentlichkeit präsentierte, war äusserst dünn und glich über weite Strecken eher einem Proseminar in sozialwissenschaftlicher Methodik. Karl-Popper-Zitat inklusive.

Nicht einmal die Arbeitshypothesen wollte Uster preisgeben. Dabei liegen sie auf der Hand. Sie müssen lauten: Der Kanton Thurgau liess den Querulanten Ulrich K. zu lange gewähren, obwohl weitherum bekannt war, dass der Pferdezüchter seinen Hof und die Tiere vernachlässigte. Erst als der Druck der Tierschützer und der Presse zu gross wurde, sahen sich der Kantonstierarzt und die Staatsanwaltschaft dazu veranlasst, den Hof zu räumen. Eine Frau, die ihr eigenes Pferd auf dem Hof hielt, hatte zuvor Fotos von verendeten Tieren publik gemacht. Eine andere These könnte lauten: Der Kanton ist einem etwas nachlässigen und eigenwilligen Pferdezüchter aufgrund einer Kampagne von Tierschützern und «Blick» in den Rücken gefallen und hat ihn enteignet, obwohl zur Frage der Tierhaltung

gerade ein Mediation lief. Wie aus den spärlichen Informationen von Uster hervorging, war die seit August 2016 laufende Vermittlung noch im Gange, als am Morgen des 7. Augustes Polizei und Staatsanwaltschaft einfuhren.

Zur Frage, welche Darstellung eher zutrifft, gab Uster gestern keine Antwort. Die Pressekonferenz wurde dafür von verschiedener Seite zur Inszenierung genutzt. Der streitbare Tierschützer Erwin Kessler vom «Verein gegen Tierfabriken» regte an, bei Erscheinen des Berichtes eine Vernehmlassung durchzuführen, sodass interessierte Kreise mitreden können, welche Konsequenzen zu ziehen seien.

Der Thurgauer SVP-Kantonsrat Hermann Lei seinerseits stellte die Frage, wie unabhängig Uster arbeiten könne, wenn er von der Regierung bezahlt werde, deren Geschäftsführung er prüfe.

Uster führte als Beweis seiner Unabhängigkeit frühere Untersuchungen ins Feld. Tatsächlich analysierte er 2006 für den damaligen Justizminister und Parteikollegen Leis

Christoph Blocher die Organisation der Bundesanwaltschaft und 2010 im Auftrag der Berner Polizei- und Militärdirektion den Fall des schiesswütigen Bieler Rentners Kneubühl. Zudem könne er sich die Mandate aussuchen und sei daher nicht auf Aufträge des Kantons Thurgau angewiesen, so Uster.

20 Bundesordner Material

Dass noch keine Resultate vorliegen, begründete Uster auch mit dem Umfang der Untersuchung. Obwohl der Hof in Hefenhofen im Vergleich etwa zur Strafverfolgungsbehörde des Bundes eine eher provinzielle Angelegenheit ist, gibt es offenbar viel mehr Material. Die zu sichtenen Akten beliefen sich auf mehr als 20 Bundesordner, sagte Uster. Dies liegt vor allem am langen Zeitraum, während dessen der Konflikt zwischen Ulrich K. und den Thurgauer Behörden schwelte. Die ältesten Akten stammen aus dem Jahr 1995. Auch später hielt K. die Behörden auf Trab. Bevor der Hof geräumt wurde, war ein Teiltierhalteverbot gegen K. erlassen worden. Es kam aber zu einem Verfahrensfehler.

Uster will spätestens im September Resultate liefern.

«Ich kann mir meine Mandate aussuchen. Ich bin völlig unabhängig.»

Hanspeter Uster Präsident der Untersuchungskommission